

MINISTERRATSDIENST

GZ • BKA-350.710/0525-1/4/2014
ABTEILUNGSMAIL • MRD@BKA.GV.AT
SACHBEARBEITER • MAG. GABRIEL STERN
PERS. E-MAIL • GABRIEL.STERN@BKA.GV.AT
TELEFON • (+43 1) 53115/202322
LR-P-L398/094-2014

Herrn Landesrat
Dr. Stephan PERNKOPF
Landhausplatz 1 Haus 1
3109 St. Pölten
lr.pernkopf@noel.gv.at

Wien, am 17. Februar 2015

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Ihr Schreiben vom 10. November 2014, mit dem Sie eine Resolution vom 23. Oktober 2014 betreffend "NEIN zu Subventionen für Atomkraft, zu neuen Atomkraftwerken und Atommüll-Endlagern an unserer Grenze" übermitteln, wurde dem Ministerrat in seiner Sitzung am 25. November 2014 vorgelegt. Auf Grundlage der bei den zuständigen Bundesministerien eingeholten Stellungnahmen kann ich Ihnen folgende Antwort übermitteln:

Die Bundesregierung lehnt die Nutzung der Kernenergie im Allgemeinen sowie den Neu- bzw. Ausbau von Kernkraftwerken (KKW) im Besonderen entschieden ab. Grundsätzlich bleibt der generelle Ausstieg aus der energetischen Nutzung der Kernenergie unser Ziel. Bis dahin gilt es, zum Schutz der österreichischen Bevölkerung und der Umwelt die Sicherheit von KKW, aber auch von anderen kerntechnischen Anlagen, ständig zu verbessern.

Das Festhalten der tschechischen Regierung am Ausbau der Kernenergie ist zu bedauern. Unbeschadet dessen ist jedoch zur Kenntnis zu nehmen, dass es derzeit nach Auffassung von Rechtsexpertinnen und -experten kein spezielles Rechtsmittel zur Verhinderung von KKW gibt, sofern die genehmigende Behörde die geltenden Rechtsvorschriften einhält und, im Falle eines EU-Mitgliedstaates, Unionsrecht eingehalten wird.

Die Bundesregierung wird jedoch auch in Zukunft in allen Fällen von kerntechnischen Anlagen, die negative Auswirkungen auf Österreich haben könnten, alle Möglichkeiten zur Wahrung österreichischer Sicherheitsinteressen nutzen.

Die Bemühungen der Tschechischen Republik, einen geeigneten Standort für ein Endlager für hochaktive radioaktive Abfälle zu finden, sind seit Jahren bekannt. Die Bundesregierung versucht auf allen Ebenen, die tschechische Regierung davon zu überzeugen, von der Errichtung eines grenznahen Atommüllendlagers abzusehen. Aus österreichischer Sicht ist klar, dass die ungelöste Entsorgungsproblematik der energetischen Nutzung der Kernenergie entgegensteht. Bereits vorhandene Mengen an abgebrannten Brennelementen und radioaktiven Abfällen sind in jedem Falle dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechend zu lagern, zu behandeln und letztlich zu entsorgen.

Die Bundesregierung tritt gegen jede direkte oder indirekte Förderung der Kernenergie ein und ist stets darum bemüht, die Energiegewinnung aus KKW zurückzudrängen. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Steigerung der Energieeffizienz sollen nachhaltige Alternativen zu fossilen und nuklearen Energieträgern gefördert werden.

In diesem Sinne hat die Bundesregierung im Rahmen des von der Europäischen Kommission (EK) durchgeführten EU-beihilferechtlichen Prüfverfahrens zur Subventionierung des KKW Hinkley Point C eine negative Stellungnahme abgegeben. Zudem haben Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Dr. Reinhold Mitterlehner am 3. Oktober 2014 den damaligen Kommissionspräsidenten Barroso ersucht, die Genehmigung der Beihilfe nicht zu unterstützen. Gegen die Bewilligung wird die Republik Österreich nach deren Veröffentlichung im EU-Amtsblatt Nichtigkeitsklage beim Europäischen Gerichtshof einbringen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Nicole BAYER eh.